Wie weitreichend ist der Schutz der „geschützten geographischen Angaben“ (g. g. A) gemäß VO (EG) 510/2006?

Dr. H. Kirchhoff und Dr. P. Ziegelmann

Niedersächsischen Landesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (LAVES), Lebensmittelinstitut Oldenburg,
Martin-Niemöller-Str. 2, 26133 Oldenburg

Zusammenfassung/Erläuterung

Gemäß dem Anhang der VO (EG) 2400/96 sind die Bezeichnungen „Nürnberger Bratwürste oder Nürnberger Rostbratwürste“, „Thüringer Rostbratwurst“, „Thüringer Rotwurst“ und „Thüringer Leberwurst“ als geschützte geographische Angabe (g. g. A., vgl. Art. 2 Abs. 1 und Art. 17 der VO (EG) 510/2006) eingetragen. Die Bezeichnungen sind daher ausschließlich entsprechenden Erzeugnissen, die in Nürnberg bzw. Thüringen hergestellt werden, vorbehalten. „Thüringer Bratwurst“ ist nicht extra als eigene Bezeichnung eingetragen (im Gegensatz zu „Nürnberger Bratwürste/Rostbratwürste“).

Eingetragene Bezeichnungen sind nach Art. 13 (1) a VO (EG) 510/2006 geschützt gegen „jede direkte oder indirekte kommerzielle Verwendung eines eingetragenen Namens für Erzeugnisse, die nicht unter die Eintragung fallen, soweit diese Erzeugnisse mit den unter diesem Namen eingetragenen Erzeugnissen vergleichbar sind oder soweit durch diese Verwendung das Ansehen des geschützten Namens ausgenutzt wird“.

Entsprechend der Fußnote 12 der Leitsätze für Fleisch und Fleischerzeugnisse des DLMB sind Bezeichnungen wie Grillwurst oder Griller Synonyme zur Bezeichnung Bratwurst. Als „vergleichbar“ i. Sinne des o. g. Rechtstextes sind sicherlich auch die Bezeichnungen Rostbratwurst und Bratwurst einzustufen.

Obwohl sie als Bezeichnungen nicht explizit eingetragen sind, unterliegen damit auch z. B. „Thüringer Bratwürste“, „Nürnberger Griller“ oder „Thüringer Grillwurst“ dem Schutz der VO (EG) 510/2006.

Bezogen auf die geschützten geographischen Angaben „Thüringer Rot- bzw. Leberwurst“ bedeutet diese Art der Auslegung, dass dieser Bezeichnungsschutz für alle Rot- und Leberwurstsorten gilt, sobald namentlich ein Bezug zu Thüringen hergestellt wird (z. B.: „Thüringer Leberwurst I a“, „Thüringer Landleberwurst“, „Thüringer Fleischrotwurst“, „Thüringer Blutwurst“ oder „Thüringer Filet-Rotwurst“).

Darüber hinaus gilt der Schutz nach Art. 13 (1) b VO (EG) 510/2006 auch bei jeder widerrechtlichen Aneignung, Nachahmung oder Anspielung, selbst wenn der wahre Ursprung des Erzeugnisses angegeben ist oder wenn der geschützte Name in Übersetzung oder zusammen mit Ausdrücken wie „Art“, „Typ“,

„Verfahren“, „Fasson“, „Nachahmung“ oder dergleichen verwendet wird. Demnach sind Auslobungen wie „nach Thüringer Rezept“ oder die Bezeichnung „Bratwurst Thüringer Art“ unzulässig.

Bei derart umfassendem Schutz dürfte sogar die folgende Auslobung auf der Packungs-Rückseite bei einer „Original Rostbratwurst mit grünem Pfeffer Die Handgelegte“ als unzulässig einzustufen sein!?

Da der Bezeichnungsschutz auch gilt, wenn der wahre Ursprung angegeben ist, sind Verstöße gegen die VO (EG) 510/2006 vollkommen unabhängig von einer möglichen Irreführung im Sinne des § 11 LFGB zu sehen! (vgl. auch Art. 2 RL 2000/13/EG und Art. 16 VO (EG) 178/2002). Diesbezüglich ist von besonderer Bedeutung, dass Verstöße gegen die EG-VO nicht strafbewehrt sind. Dazu wäre eine entsprechende Strafvorschrift gemäß § 144 (2) Markengesetz erforderlich. Nach hiesigem Kenntnisstand wurde von der Ermächtigung noch kein Gebrauch gemacht. Gemäß § 135 Markengesetz sind nur Unterlassungs- und Schadensersatzansprüche geregelt.

Aus lebensmittelrechtlicher Sicht ist ein Verstoß gegen die o. g. EG-VO daher nur dann von Bedeutung, wenn sich daraus ein Täuschungstatbestand ergibt.

Beschluss (einstimmig)

Wird beim Inverkehrbringen von Bratwürsten auch unter synonymen Bezeichnungen wie Rostbratwurst oder Griller in der Kennzeichnung ein konkreter Bezug zu Thüringen oder Nürnberg hergestellt, obwohl die Wurst nicht aus Thüringen bzw. Nürnberg stammt, liegt immer ein Verstoß gegen Artikel 13 VO (EG) 510/2006 vor.

Desgleichen ist beim Inverkehrbringen von Leber- und Rotwurstsorten jeder namentliche Bezug zu Thüringen als Verstoß gegen die o. g. Rechtsvorschrift anzusehen, wenn das jeweilige Erzeugnis nicht aus Thüringen stammt.

Ob darüber hinaus eine Irreführung bezüglich der tatsächlichen Herkunft im Sinne von § 11 (1) LFGB vorliegt, ist im Einzelfall zu prüfen. Eindeutige entlokalisierende Hinweise sind ausreichend, um die Irreführung zu vermeiden.